

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 07.03.2007

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL	
Ratsherr Gordan Dudas	SPD	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU	Vertretung für Ratsfrau Christine Hohnsel
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Otto Bodenheimer	Grüne	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertretung für Herrn Heinz Rüdiger Ochel
Herr Ulrich Vetter	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	FRL
Herr Richard Oettinghaus	AfL

Gäste:

Herr Helmut Angerer		Geschäftsführer Büro Conceptlicht
Herr Harald Metzger	SPD	

Verwaltung:

Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen	
Herr Martin Bärwolf	
Herr Dieter Rotter	
Herr Edgar Weinert	
Herr Hans-Jürgen Badziura	
Herr Mattias Bartmann	nur zur öffentlichen Sitzung
Herr Herbert Brenzel	
Herr Hans Hutya	
Herr Klaus-Peter Welter	
Herr Martin Buhl	nur zur öffentlichen Sitzung
Frau Katja Herrmann	nur zur öffentlichen Sitzung
Frau Gaby Krumme	
Frau Heike Müller	bis einschl. TOP 4 der öffentlichen Sitzung
Frau Yvonne Schubert	nur zur öffentlichen Sitzung
Frau Birgit Stoltefaut	nur zur öffentlichen Sitzung

Schifführung:

Frau Rebekka Grüber

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU
Herr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Jürgen Schmidt	FRL
Ratsherr Jürgen Thiel	FRL

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:09 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Nach ausführlicher Schilderung des Sachverhaltes fragt Herr Caspari, Anwohner des Breitenfeldes, an, ob die Stadt Lüdenscheid bereit sei, die Erfüllung der Brandschutzaufgaben auf unstreitigem Wege im Zusammenwirken aller Beteiligten zu Ende zu bringen, zumal aus Sicht der Anwohner lediglich eine Abstake, keine konkrete Gefahr, welche unmittelbaren Handlungsbedarf erfordere, vorliege.

Herr Beigeordneter Theissen antwortet, dass die Stadt Lüdenscheid bereits seit zweieinhalb Jahren und auch weiterhin mit Hilfe intensiver Gespräche und Verhandlungen mit den Eigentümern sowie den Verwaltern der betreffenden Gebäude bestrebt sei, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen. Darüber hinaus handle es sich im vorliegenden Fall sowohl aus Sicht der Feuerwehr als auch der Verwaltung eindeutig um eine konkrete Gefahr, so dass die Stadt Lüdenscheid aufgrund der durch die Übung der Feuerwehr eingetretene Aktenkundigkeit tätig werden musste.

Auf Nachfrage einer weiteren Anwohnerin, welche mitteilt, keine schriftliche Aufforderung zur Erbringung von Lösungsvorschlägen erhalten zu haben, weist Herr Beigeordneter Theissen darauf hin, dass es Aufgabe der Verwalter der entsprechenden Gebäude gewesen sei, die Schreiben an die jeweiligen Wohnungseigentümer weiter zu leiten.

Herr Kaiser fragt an, ob es richtig sei, dass der Brandsachverständige der Anwohner des Breitenfeldes in dauerhaftem Kontakt zur Stadtverwaltung stehe, sowie dass er aufgrund des Schreibens der Stadt Lüdenscheid aus November 2006 bei der Verwaltung vorstellig war.

Vorsitzender Diller sagt Prüfung der Sachlage sowie Mitteilung in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses zu.

Weiterhin wurde angefragt, aus welchem Grunde diverse Vorschläge der Anwohner bzw. deren Brandschutzbeauftragten nicht bearbeitet worden seien.

Herr Beigeordneter Theissen erläutert, dass derartige Vorschläge offiziell als Bauantrag bei der Stadt Lüdenscheid eingehen müssten, um eingehend geprüft werden zu können.

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, ergänzt, dass die Abteilung Bauordnung stets die Umsetzbarkeit der in Frage kommenden Maßnahmen mit den Beteiligten abstimme. Mittels welcher Maßnahmen der Brandschutz letztlich sichergestellt werde, entscheide der Eigentümer, nicht die Stadtverwaltung.

2. Endgültiger Ausbau der Leifringhauser Straße
Vorlage: 032/2007

Ohne weitere Erörterung fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Leifringhauser Straße wird im Abschnitt zwischen Kalver Straße und Buschweg gemäß dem mit den Anliegern abgestimmten Ausbaukonzept ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

3. Ausbau der Grabenstraße
Vorlage: 035/2007

Ratsherr Biernadzki stellt den als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügten Antrag, die Anliegerbeiträge für die Erneuerung der Grabenstraße um ein Drittel zu reduzieren.

Diesbezüglich erkundigt sich Ratsherr Holzrichter nach der Umsetzbarkeit sowie dem Standpunkt der Verwaltung.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, weist darauf hin, dass die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses den Ausbau der Grabenstraße in der Sitzung vom 06.09.2006 beschlossen hätten. Nach eingehender Prüfung der Rechtslage sei eine Minderung der Anliegerbeiträge nicht möglich. Seitens der Verwaltung werde diese Ansicht weiterhin konstant vertreten.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses lehnen den Antrag des Ratsherrn Biernadzki mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 13
Enthaltungen: 1

Anschließend fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Grabenstraße wird nach dem mit den Anliegern abgestimmten Planungskonzept ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: -

4. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

4.1. Beleuchtungskonzept Sternplatz

Vorsitzender Diller begrüßt Herrn Angerer, Büro Conceptlicht, und erteilt ihm das Wort.

Herr Angerer stellt den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses das als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügte, vom Büro Conceptlicht erarbeitete Konzept für die Beleuchtung des Sternplatzes vor.

So sei unter Berücksichtigung der umliegenden Nachbarschaft des Sternplatzes eine Beleuchtungsstärke von 10 Lux vorgesehen, was aber deutlich über der Beleuchtungsstärke des Rathausplatzes liege.

Das Konzept sehe eine Fassadenbeleuchtung der Gebäude Sternplatz 1 (ehem. Kaufhalle), Rathausplatz 1 (Hulda am Markt), Rathausplatz 2 (Rathaus) und des geplanten Büro- und Geschäftshauses im Gänsegärtchen vor. Außerdem sollen die sternförmig ausgebildeten Differenzierungen im Bodenbelag lichttechnisch hervorgehoben werden.

Da eine reine Fassadenbeleuchtung nicht ausreiche, sondern lediglich eine angenehme Grundhelligkeit schaffe, solle der Platz darüber hinaus von oben beleuchtet werden. Die Beleuchtung könne jedoch wahlweise auch ausgeschaltet werden. Hierzu würden auf den umliegenden Gebäuden entsprechende Strahler positioniert. Zudem solle eine streifenförmige Beleuchtung mit Seilleuchten in der Altenaer Straße zur Aufhellung der Straßen erfolgen.

Darüber hinaus würden die Skulptur „Onkel Willi“ sowie der Neumann-Brunnen auf dem Sternplatz angestrahlt werden, um auch diese Einzelelemente nachts wahrnehmen zu können.

Vorsitzender Diller bedankt sich bei Herrn Angerer und erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dessen Einschätzung, den Platanenhain aus Richtung Rathausplatz 25 (Gothaer Haus) anzustrahlen.

Herr Angerer teilt mit, dass eine Umsetzbarkeit geometrisch möglich sei, da der notwendige Winkel von mindestens 10° des Lichtstrahls zum Platanenhain mit Strahlern vom Dach des Gebäudes Rathausplatz 25 erzielt werden könne.

Der Rathausplatz habe durch die linienförmige Gestaltung des Platanenhains eine klare Sprache erhalten, welche durch die Anstrahlung weiter unterstützt würde. Es sei jedoch darauf zu achten, dass der Lichtstrahl exakt der Breite des Platanenhains entspreche und abrupt ende.

Vorsitzender Diller bedankt sich und sagt Herrn Angerer Mitteilung zu, sobald der Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung sowie der Rat der Stadt Lüdenscheid diesbezüglich einen Beschluss gefasst habe.

4.2. Bericht zum Brandschutz in Schulen

Herr Welter, Zentrale Gebäudewirtschaft, berichtet, dass sich die Zentrale Gebäudewirtschaft, bzw. das damalige Hochbauamt, bereits seit 1999 mit dem Brandschutz befasse. So seien seitdem 53 Gebäude in Zusammenarbeit mit der Abteilung vorbeugender Brandschutz der Feuerwehr sowie teilweise unter Hinzuziehung der Bauaufsicht und externen Gutachtern ausführlich überprüft worden.

Anhand einer Prioritätenliste der erheblichsten Gefahrenstellen seien die notwendigen Maßnahmen ermittelt und umgesetzt worden. Hierbei habe das Zeppelin-Gymnasium als Pilotprojekt gedient; in den Jahren 2000 bis 2001 seien hier Sanierungsmaßnahmen in Höhe

projekt gedient; in den Jahren 2000 bis 2001 seien hier Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 275.000 € durchgeführt worden. In diesem Zusammenhang habe man festgestellt, dass eine Komplettsanierung nicht bei jedem Gebäude sinnvoll und notwendig sei, sondern oftmals schon mit kleineren Maßnahmen eine erhebliche Wirkung erzielt werden könne. Wesentliche Bestandteile der Brandschutzmaßnahmen seien der Anbau von Fluchttreppen, die Verbesserung der Fluchtwegkennzeichnung sowie der Einbau von Rauchschutztüren und Rauchmeldern.

Die Brandschutzmaßnahmen würden in diesem Jahr fertiggestellt werden. Abschließend seien Restarbeiten an Schulen sowie Brandschutzmaßnahmen im Rathaus und im Kulturhaus durchzuführen. Eine Überprüfung und Begehung der Gebäude der Feuerwehr sei ebenfalls für das laufende Jahr geplant.

Das Kostenvolumen umfasse insgesamt 2,5 Mio. €, 1,9 Mio. € seien in Schulen, 0,6 Mio. € in die übrigen Gebäude investiert worden.

Darüber hinaus seien in allen 27 Lüdenscheider Schulen sowie im Rathaus Brandschutzübungen unter Anwesenheit der Feuerwehr durchgeführt worden. Die Notwendigkeit von Räumungsübungen in weiteren Gebäuden wie beispielsweise der Stadtbücherei werde derzeit geprüft.

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

Entfällt.

5.2. Beantwortungen von Anfragen

5.2.1. Lärmbelästigung Lösenbacher Landstraße

In Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Biernadzki in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.06.2006 teilt Frau Herrmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, folgendes mit:

Im genannten Abschnitt seien Messungen sowohl mit dem Seitenradarmessgerät als auch mit einer Geschwindigkeitsanzeigetafel im verdeckten Zustand durchgeführt worden. Bei allen Messungen sei deutlich geworden, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h überwiegend eingehalten werde. Es sei eine v85 von 72 km/h ermittelt worden. Die 15% der Fahrzeugführer, welche diese Geschwindigkeit überschreiten, würden sich meist in der Geschwindigkeitsklasse von 80 –90 km/h bewegen. Weniger als 1% der Fahrzeugführer würden schneller als 100 km/h fahren.

Ein Handlungsbedarf sei daher nicht gegeben.

5.2.2. Buswartehalle Wauerthang

Die Anfrage des Rats Herrn Thielicke in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 07.02.2007 beantwortet Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, in Vertretung für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid wie folgt:

Der STL-Baubetrieb werde die fehlende Scheibe im Zuge von Unterhaltungsmaßnahmen an Bushaltestellen erneuern lassen.

5.3. Anfragen

5.3.1. Stadtinformationssystem

Ratsherr Pietzner bemängelt das Fehlen von Wegweisern zum Gewerbegebiet Wibschla und den dort ansässigen Firmen. Es sei lediglich ein Schild zur Mülldeponie Kleinleifringhausen vorhanden, so dass die Firma Freund Drehtechnik GmbH bereits eigenständig einen Wegweiser installiert habe.

Herr Rotter, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass mit der Etablierung des Stadtinformationssystems im Jahr 2006 begonnen worden sei. Zunächst seien mehrere großformatige Orientierungstafeln an den Stadtzufahrten installiert worden.

Ausschilderungen an den Zufahrten der Gewerbegebiete in Form von Gebietsübersichtsplänen mit Hausnummerndarstellung und Werbetafeln der in diesem Gebiet ansässigen Unternehmen würden momentan vorgenommen. In verzweigten Gewerbegebieten sollen zusätzliche Hinweisschilder beispielsweise an Abzweigungen den Suchverkehr direkt zum Zielort führen. Darüber hinaus sei geplant, die Innenstadt in der gleichen, einheitlichen Form mit Einzelwegweisern zu öffentlichen Einrichtungen sowie zu Geschäften in den Seitenstraßen zu versehen.

5.3.2. Brandschutzmaßnahmen Breitenfeld

In Ergänzung der während der Öffentlichen Fragestunde gestellten Anfragen bezüglich der momentanen Situation am Breitenfeld erkundigt sich Sachkundiger Bürger Oettinghaus, nach der Anzahl der Gebäude auf Lüdenscheider Stadtgebiet, welche, ebenso wie die Häuser am Breitenfeld, in den 60er Jahren erbaut wurden. Darüber hinaus bittet er um Erläuterung der geplanten weiteren Vorgehensweise der Verwaltung, insbesondere bezüglich einer gegebenenfalls erfolgenden Nutzungsuntersagung für die dortigen Anwohner.

Herr Beigeordneter Theissen antwortet, dass seitens der Verwaltung bezüglich weiterer Gebäude mit unzureichendem Brandschutz keine gesonderten Untersuchungen oder Bestandsaufnahmen durchgeführt würden, da gem. der Bauordnung NRW der Eigentümer eines Gebäudes für ausreichende Brandschutzmaßnahmen zuständig sei. Im Falle der Häuser am Breitenfeld sei die vorherrschende Unzulänglichkeit der notwendigen Brandschutzmaßnahmen durch eine Übung der Feuerwehr aktenkundig geworden, so dass die Verwaltung tätig werden musste.

Durch die angedrohte Nutzungsuntersagung habe die Verwaltung versucht, gegenüber den Eigentümern Druck aufzubauen, da bereits seit nunmehr zwei Jahren kein Fortschritt bezüglich des Brandschutzes an o. g. Gebäuden zu vermelden sei. Dies habe augenscheinlich Erfolg gezeigt, da innerhalb der folgenden zwei Wochen mit einem umsetzbaren, den Vorschriften entsprechenden Vorschlag des von der Hausverwaltung beauftragten Brandschutzbeauftragten zu rechnen sei.

5.3.3. Fußgängerquerungshilfe auf Höhe des Seniorenheims Weststraße

Ratsherr Rodeshüser bemängelt die Situation an der Fußgängerquerungshilfe in der Weststraße auf Höhe des Seniorenwohnheims. Die Querungshilfe sei nicht direkt erkennbar und biete keine ausreichende Sicherheit. Zudem müsse ein Fußgänger hier drei Fahrspuren überqueren. Er erbittet einen Vorschlag der Verwaltung über Möglichkeiten, die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

5.3.4. Karlshöhe

Ratsherr Rodehüser teilt mit, dass viele Autofahrer den verkehrsberuhigten Bereich "Karlshöhe" mit stark überhöhter Geschwindigkeit als Abkürzung vom Brockhauser Weg zur Altenaer Straße nutzen. Er bittet, seitens der Verwaltung Abhilfe zu schaffen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu

5.3.5. Orientierungstafel Lennestraße/Worthkreuzung

Ratsherr Rodehüser bemängelt, dass vor der Orientierungstafel an der Stadtzufahrt Werdohler Landstraße am Worthkreuz gegenüber der Firma Schröder keine Haltemöglichkeit gegeben sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu

5.3.6. Direkte Beantwortung von Anfragen

Ratsherr Holzrichter erbittet für die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses den Auszug aus der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid, der festlegt, in welchem Zeitraum vor Beginn einer Sitzung Anfragen bei der Stadtverwaltung bekannt sein müssen, um direkt in der Sitzung beantwortet zu werden.

Vorsitzender Diller verweist auf die Geschäftsordnung für die Sitzungen des Rates der Stadt Lüdenscheid und seiner Ausschüsse, welche vorschreibe, dass Anfragen frühzeitig, nach Möglichkeit fünf Arbeitstage vor der Sitzung, der Verwaltung schriftlich zugeleitet werden sollen.

5.3.7. Parkpalette Corneliusstraße

Sachkundiger Bürger Bodenheimer bezieht sich auf einen Artikel der örtlichen Presse aus Februar dieses Jahres, in welchem ein für Mitte Februar geplantes Strategiegelgespräch zur weiteren Vorgehensweise bezüglich der Parkpalette Corneliusstraße angekündigt worden sei. Er erkundigt sich, zu welchem Zeitpunkt mit Ergebnissen zu rechnen sei.

Vorsitzender Diller verweist auf die nach Abstimmung mit der Verwaltung getroffene Zusage, den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses Bericht zu erstatten, sobald nähere Ergebnisse vorliegen.

5.3.8. Einsichtnahme Baugutachten Parkpalette Corneliusstraße

Sachkundiger Bürger Bodenheimer fragt an, welche Abteilung der Stadtverwaltung Lüdenscheid über das Baugutachten der Parkpalette Corneliusstraße verfüge sowie ob die Möglichkeit bestehe, dieses einzusehen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Grüber
Schriftführerin